
Dringlicher Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen endlich zum Schwerpunkt machen und nachhaltig stärken

Der Senat wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, Maßnahmen zu ergreifen, die Kindern und Jugendlichen mit psychischen Problemen und Erkrankungen effektiver und schneller helfen, um die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen wirksam zu stärken und Chronifizierungen vorzubeugen.

Folgende Maßnahmen sollen dabei berücksichtigt werden:

- Ausbau der psychosozialen Versorgungssysteme für Kinder und Jugendliche, damit in Krisensituationen kurzfristige und niedrigschwellige Zugänge zu Hilfe gewährleistet sind und Versorgungsengpässe reduziert werden;
- die Aufforderung an GBA und KBV, zeitnah eine an die Realität angepasste Bedarfsplanung von Kinder- und Jugendtherapeuten aufzulegen, damit sich die Wartezeiten auf einen Behandlungsplatz deutlich reduzieren und nicht mehr mit Bedarfen aus den 90er Jahren geplant wird;
- endlich gesetzliche Regelung der Finanzierung der Weiterbildung der Psychotherapeuten;
- Forderung eines Sondertopfes Präventionsmittel Mentale Gesundheit Kinder und Jugendliche von allen Krankenkassen;
- Sicherstellung strukturierter Übergänge zwischen den Hilfesystemen Schule, Jugendhilfe und Gesundheit;
- Stärkung von Nachsorgeangeboten nach stationären Aufenthalten, um Rückfällen vorzubeugen und eine begleitete Überleitung in den Alltag zu gewährleisten;

- regelmäßige Erhebung von relevanten Daten und Monitoring dieser;
- nationale Anti-Stigma-Kampagne zur Aufklärung und Enttabuisierung von psychischen Erkrankungen und Sichtbarmachung von Hilfsangeboten.

Begründung:

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland und damit auch in Berlin hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. Aktuelle Auswertungen, unter anderem aus dem DAK-Kinder- und Jugendreport, zeigen einen anhaltend hohen und teils weiter steigenden Anteil junger Menschen mit psychischen Belastungen und Erkrankungen. Besonders deutlich ist der Zuwachs bei Angststörungen, depressiven Erkrankungen, Essstörungen sowie psychosomatischen Beschwerden. Nach den pandemiebedingten Belastungen hat sich das Niveau psychischer Erkrankungen nicht wieder normalisiert, sondern auf einem dauerhaft erhöhten Stand verfestigt.

Gleichzeitig offenbaren die Daten gravierende Versorgungsdefizite. Lange Wartezeiten auf psychotherapeutische Behandlungsplätze, fehlende niedrigschwellige Angebote in akuten Krisen und unzureichend koordinierte Übergänge zwischen Schule, Jugendhilfe und Gesundheitswesen führen dazu, dass notwendige Hilfe häufig zu spät oder gar nicht ankommt. Hierzu trägt auch der Fachkräftemangel bei. Dies erhöht das Risiko der Chronifizierung psychischer Erkrankungen erheblich und verschärft soziale Ungleichheiten, da besonders Kinder und Jugendliche aus belasteten Lebenslagen betroffen sind.

Die derzeitige Bedarfsplanung für Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -therapeuten muss angepasst werden. Gleichzeitig ist die Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung bislang nicht ausreichend gesetzlich geregelt, was den dringend benötigten Ausbau der Versorgung zusätzlich hemmt.

Vor diesem Hintergrund ist ein koordiniertes bundespolitisches Handeln erforderlich. Prävention muss frühzeitig, verbindlich und flächendeckend ansetzen. Schulen sind wichtige Orte, um die Resilienz der Schülerinnen und Schüler zu fördern. Ebenso notwendig sind ein Ausbau der psychosozialen Versorgung, eine bessere Nachsorge nach stationären Aufenthalten sowie Berücksichtigung statistischer Daten zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Ergänzend braucht es eine bundesweite Anti-Stigma-Kampagne, um Hemmschwellen abzubauen und Hilfsangebote sichtbar zu machen.

Das Land Berlin sollte daher im Bundesrat eine Initiative ergreifen, um die Bundesregierung zu wirksamen strukturellen Verbesserungen zu bewegen und die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu stärken.

Berlin, den 25.08.2026

Stettner Zander
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU

Saleh König
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD